

Gebietsreform: Landräte wollen klagen

Bis Jahresende vor
Verfassungsgericht

Von Simone Rothe

Gera. Etwa ein Drittel der Thüringer Kreise wird voraussichtlich wegen der umstrittenen Gebietsreform das Verfassungsgericht anrufen. Die Kreistage von Schmalkalden-Meiningen, Sömmerda, dem Weimarer Land und dem Kreis Greiz hätten dafür bereits grünes Licht gegeben, sagte die Präsidentin des Landkreistages, Martina Schweinsburg, in Erfurt. Bis Mitte Dezember würden weitere Entscheidungen erwartet, darunter des Saale-Orla-Kreise oder des Eichsfelds.

Mindestens vier Kreise wollen sich nach Angaben der Landräte wie die CDU-Landtagsfraktion bei ihren Klagen vom niedersächsischen Verfassungsrechtler Jörn Ipsen vertreten lassen.

Der Landkreistag, der derzeit 17 Kreise in Thüringen vertritt, sei in seiner Position zur Gebietsreform nicht gespalten, sagte Schweinsburg. „Es geht darum, wie mit den Kommunen umgegangen wird.“ Jeder Kreis entscheide für sich, wie er mit dem Vorhaben der rot-rot-grünen Koalition und möglichen „Zwangsehen“ umgehen wolle.

Jörn Ipsen, der von einer „Reform von oben“ sprach, sieht unter anderem Klärungsbedarf bei der Frage, ob die Kreise tatsächlich nicht ausreichend leistungsfähig seien, um ihre Aufgaben auch in Zukunft erfüllen zu können.

Die Klagen sollen so schnell wie möglich eingereicht werden, kündigten die Landräte an. „Wir arbeiten mit Hochdruck daran“, sagte der Landrat des Weimarer Landes, Hans-Helmut Münchberg (parteilos). Ziel sei, sie noch bis Jahresende dem Verfassungsgericht vorzulegen. Das will nach eigenen Angaben auch die CDU-Landtagsfraktion, die zwei Klagen angekündigt hat.

Vorkehrungen gegen Vogelgrippe

Gera. In Thüringen werden ab Montag die Vorkehrungen zum

Zwei Stunden Politik und gar nicht langweilig

Geraer Schüler treffen zwei Thüringer EU-Parlamentarier und lassen an ihren Fragen erkennen, dass Brüssel für sie keineswegs weit weg ist

Von Volkhard Paczulla

Gera. „Europa weiter gedacht“. Wenn Thüringer EU-Abgeordnete nach Gera kommen, um mit Schülern zu diskutieren, sollte das Motto vielleicht besser „Wer denkt denn weiter an Europa?“ heißen. Es wurde trotzdem ein munterer Vormittag gestern im Karl-Theodor-Liebe-Gymnasium.

Weil die Jugendlichen kein Blatt vor den Mund nahmen. Jonas Lejsek, 12. Klasse, eröffnete mit hartem Aufschlag: „Hat Europa überhaupt noch eine Zukunft?“, wollte er von Dieter-Lebrecht Koch (CDU) und Jakob von Weizsäcker (SPD) wissen.

Weizsäcker, seit 2014 im EU-Parlament, redete nicht um den heißen Brei herum. Eine seit acht Jahren nicht bewältigte Währungs- und Sicherheitskrise, Sicherheitslücken innen (Terrorgefahr) und an den Außengrenzen, aber keine gemeinsame Flüchtlingspolitik. Von einer Steuer-Union ganz zu schweigen. Das seien schon „ziemlich große Probleme“. Wie das komme? Es gebe viele gute Vorschläge, versicherte Koch, der auf 23 Jahre Erfahrung in Brüssel und Straßburg verweisen kann. „Aber da müssten die jetzt noch 28 Mitgliedsstaaten auch alle mitmachen.“

Einstimmigkeits-Prinzip wächst zum Problem

Das tun sie aber nicht. Weizsäcker fand einen schönen Vergleich: „Stellt euch vor, ihr plant eure Abschluss-Klassenfahrt, aber über das Ziel der Reise muss Einstimmigkeit hergestellt werden.“ Als der moderierende OTZ-Reporter Tino Zippel nachfragt, ob das ein Statement gegen das Einstimmigkeits-Prinzip beim Europäischen Rat sein soll, antwortet der SPD-Mann, für einige Politikbereiche sollte es fallen, für andere bleiben. Koch sieht das ähnlich.

Überhaupt sind sich die beiden trotz unterschiedlicher Parteifarbe ständig einig. Christopher Müller, der an der Berufsschule Gesundheit und Soziales



Jonas Lejsek (links), Schüler am Geraer Karl-Theodor-Liebe-Gymnasium, richtet seine Fragen zur nicht sehr einig wirkenden EU an die Thüringer Europaabgeordneten Dieter-Lebrecht Koch (CDU) und Jakob von Weizsäcker (SPD).
Fotos (2): Peter Michaelis

Erzieher werden will, interessierte sich für den Brexit: „Was ist, wenn nach den Briten auch die Griechen austreten? Bezahlen wir dann alle Schulden?“

Die über hundert Schüler hören ein bisschen längliche Erläuterungen über das Funktionieren von Geld- und Kapitalmärkten. Koch spricht sogar von einem „üblen Spiel des Bankensektors“. Christopher wird nach dem Forum sagen, er habe die beiden Abgeordneten durchaus verstanden. Am Ende zahle Deutschland, wer denn sonst.

Das war vielleicht nicht die Erkenntnis, die der veranstaltende Verein Bürger Europas e.V. mit freundlicher Förderung des Presseamtes der Bundesregierung vermitteln wollte.

Da war die Frage von Marie-Rosalie Schöppe unverfänglich. Die Zehntklässlerin wollte wissen, warum so wenig junge Leute in den Parlamenten sitzen. „Ich war Mitte 30, als ich

EU-Abgeordneter wurde und fühlte mich damals sehr jung“, sagte der gelernte Architekt Koch aus Weimar. Wenn heutzutage auch Studenten für das EU-Parlament kandidieren, habe er kein sonderlich gutes Gefühl. Ein bisschen Lebenserfahrung sei für diese Aufgabe schon vonnöten. Will denn jemand von euch ins EU-Parlament?, fragte Reporter Zippel in die Runde. Max Klötzer, 11. Klasse, meldete sich kühn. Der Herr von Weizsäcker möge ihm schon mal seinen Platz warmhalten, erklärte Max und hatte viele Lacher auf seiner Seite.

Auch dem Besuch haben die zwei Stunden in der Schul-Aula gefallen. „Unglaublich, wie aufmerksam und interessiert ihr seid“, lobte Koch. Das sei nicht überall so. Wer wirklich mal die Luft der Brüsseler EU-Politik schnuppern will, könne sich gerne bei ihm um einen Praktikumsplatz bewerben.



Von rechts: Peter Wolf vom Berliner Verein Bürger Europas e.V., Jakob von Weizsäcker (SPD), Dieter-Lebrecht Koch (CDU) und OTZ-Reporter Tino Zippel, der das Europa-Forum in der Aula des Geraer Liebe-Gymnasiums moderierte.